

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verficht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 12 (1917)
Heft: 2

Artikel: Für den Frieden
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351291>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

proletariats dem zielbewußten internationalen Sozialismus auch in Italien zu führen möge. Denn eine grundsätzliche, klare Auffassung muß auch nach dem Kriege die Richtschnur des italienischen Sozialismus bleiben. Eine große und nicht leichte Aufgabe, ja die Hauptaufgabe der führenden propagandistisch tätigen Genossinnen Italiens wird es sein, zu zielbewußten, opferfreudigen und tatbereiten Sozialistinnen die Proletarierinnen zu erziehen, die sich der Bewegung aus Empörung gegen den Krieg, gegen die vermehrten Uebel des Kapitalismus angeschlossen haben.

Aus der französischen sozialistischen Frauenbewegung.

Der „Femme socialiste“, der tapferen Zeitschrift, die von unserer bewährten Genossin L. Caumoneau in Paris geleitet wird, entnehmen wir, daß in SCEAUX sich eine sozialistische Frauengruppe gebildet hat, die den Prinzipien der Internationale und des Klassenkampfes entsprechend die Frauen auffordert, gegen die Zivilmobilisation energisch zu kämpfen und zwar nicht nur mittelst Beeinflussung der sozialistischen Fraktion im Parlamente, sondern auch durch eigene Aktion und Kampf gegen „jede Form der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung“. Dieselbe Sektion hat ein Statut ausgearbeitet, das u. a. zum Zweck hat, die Grundprinzipien der sozialistischen Internationale zu verbreiten, gewissenhaft an der Verwirklichung der sozialen Reformen zu arbeiten, die zum Schutze der Arbeiterinnen, der Mütter und der Kinder dienen, die Frauen für die Arbeit der sozialistischen Organisation zu interessieren und sie über die Fragen, die sie speziell angehen, zu unterrichten.

Dieselbe Nummer der „Femme socialiste“ enthält einen Protest gegen die Leiterinnen der offiziellen sozialistischen Frauenorganisation, weil sie sich von einer jeden Aktion fern halten, und den bereits seit mehr als zwei Monaten ausgearbeiteten Statuten keine Folge leisten. „Im Moment, wo in allen Ländern die sozialistischen Frauen ungeheure Anstrengungen für die sozialistischen Frauen ungeheure Anstrengungen für die sozialistische Erziehung und Organisation der Frauen machen, zur Stunde, wo in allen Ländern die Frauen im Vordergrund des Kampfes stehen, ist so eine Trägheit seitens unserer Führerinnen doppelt zu bedauern.“ Der Artikel schließt mit der Aufforderung, gegen diejenigen Führer und Führerinnen zu kämpfen, die die Agitation und Propaganda unter den sozialistischen und proletarischen Frauen lähmen.

Oesterreichische Frauentagung.

In den ersten Dezembertagen fand eine vom Frauen-Reichs-Komitee einberufene Konferenz der Vertreterinnen der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen im Wiener Buchdruckerheim statt. Der Parteivorstand, die Reichstagsfraktion und die Gewerkschaftskommission hatten Delegationen entsandt, sonst bestand die Konferenz ausschließlich aus weiblichen Delegierten, etwa 200 an der Zahl. Genossin Proft leitete die Versammlung. Genossin Freundlich erstattete das erste Referat über die Aktion des Frauenkomitees zur Erlangung höherer Unterhaltungsbeiträge. Auf der vorjährigen Frauentagung im November wurde beschlossen, daß die Genossinnen sich mit der Fraktion und dem Parteivorstand ins Benehmen setzen sollten um eine Erhöhung der Unterhaltungsbeiträge, die durch die hohen Kosten der Lebensmittel zur dringenden Notwendigkeit geworden war, bei der Regierung zu beantragen. Am 5. Januar sprach demgemäß eine aus Genossinnen und Genossen bestehende Deputation bei der Regierung vor und stellte dem Minister die Lage dar. Trotz der damals gegebenen Versprechungen sind bis heute die dort aufgestellten Forderungen nicht erfüllt. Mit der einzigen Ausnahme, daß die Unterhaltungsbeiträge für Kinder unter 8 Jahren von 66 auf 89 Heller pro Tag erhöht wurden. Da die Militärdurchzugsverpflegungssätze seit Kriegsausbruch entsprechend der Lebensmittelerhöhung um das Doppelte erhöht wurden, sei es nur logisch, daß auch die Unterhaltsätze für die Familien entsprechend erhöht werden. Die Konferenz legte ihre Wünsche und Beschwerden in einer Resolution nieder und beauftragte die Parteivertretung, bei der Regierung die erforderlichen Schritte zu tun, was der als Vertreter des Abgeordnetenklubs anwesende Genosse Seitz als berechtigtes Verlangen erklärte. Ueber Frauenarbeit und Arbeiterinnenschutz sprach sodann Genossin Uebelheid Popp. Sie schilderte die zu größten Bedenken Anlaß gebenden Verhältnisse in der Kriegsindustrie, in der heute allenthalben Frauen Arbeiten leisten, die von der Gewerbe-

ordnung direkt verboten sind und die nicht anders betrachtet werden können, wie schwere Gesundheitschädigungen. Ihre Forderung ging auf vermehrten Arbeiterinnenschutz und gleiche Entlohnung von Mann und Frau für gleiche Arbeit.

Gertrud.

Für den Frieden.

Eine Internationalistin in Wort und Tat. Unlängst haben sich einige Abgeordnete im englischen Parlamente wiederholt aufgeregt und die Regierung veranlassen wollen, energisch gegen eine „Hochverräterin“ vorzugehen. Der Minister des Aeußern erklärte schließlich, die betreffende „Hochverräterin“ würde auf keinen Fall während des Krieges aus dem Lande herausgelassen werden, wodurch ein jedes andere Vorgehen gegen sie überflüssig werde.

Genossin Hobhouse ist ein Mitglied der F. O. P. und gehört zu denjenigen Frauen Englands, die durch den Pazifismus zum Sozialismus gekommen sind. Während des südafrikanischen Krieges überwand sie alle Schwierigkeiten, um sich nach Südafrika zu begeben und dort und in der englischen Presse gegen die Art und Weise zu protestieren und zu wirken, in der die englische Regierung die Buren behandelte, und gegen die Greuelthaten und Mißhandlungen Kroiset zu erleben, die in den Konzentrationslagern verübt wurden. Trotzdem die bürgerliche Presse und die Behörden alle Mittel gebrauchten, um die Stimme der Genossin Hobhouse zu unterdrücken, gelang es ihr doch, die öffentliche Meinung zu informieren und durch umfangreiche, dokumentierte Veröffentlichungen die Regierungen zu zwingen, ihrer Brutalität eine Schranke zu setzen. Als der Weltkrieg ausbrach und den englischen Patrioten und die Presse vorgab, der Krieg habe den Zweck, die an den Belgiern verübten Schandtaten zu rächen, als ein großer Teil des englischen Volkes sich auf die größte Weise betrügen ließ, und den imperialistischen Raubzug tatsächlich für einen aus ideellen Motiven geführten Krieg betrachtete, erhob die Genossin Hobhouse nochmals ihre Stimme. Sie heft in der englischen Regierung und der chauvinistischen Presse das Recht der Empörung über Gewalttaten und Mißhandlungen und behauptete, sie sei sicher, die Deutschen hätten nicht schlimmer in Belgien haufen können als die Engländer es in Südafrika getan. Um sich dessen zu vergewissern, beschloß Genossin Hobhouse, persönlich nach Belgien zu gehen. Nach ihrer Rückkehr nach England hielt sie öffentliche Reden über das Ergebnis ihrer Reise, die ihre Vermutung bestätigte, und veröffentlichte einen Artikel, auf den wir noch zurückkommen werden. Sehr bald wurde ihr das Wort entzogen und ihre Tätigkeit als „vaterlandsverräterisch“ beschrien, wodurch sich unsere Genossin selbstverständlich nicht einschüchtern ließ. Hat ihr Schritt auch keine besondere politische Bedeutung, so hat er trotzdem eine große agitatorische Wirkung, da er so manchen Proletarier zum Nachdenken über den Charakter des Krieges veranlaßt haben wird.

Der Genossin Hobhouse, die ungeachtet aller Verleumdungen und Sekereien, ungeachtet ihres kranken Zustandes, den Schritt ausgeführt, gebührt der Dank und die Würdigung aller Internationalisten, aller derjenigen, die wissen, was es heißt, jetzt besonders, gegen den Strom zu schwimmen.

Endlich merken auch die Feministinnen, daß es einen Krieg gibt.

Englische Frauen für den Frieden. Der letzten Jahresversammlung der Englischen Sektion der Internationalen Friedensliga wohnten Vertreterinnen aus dem ganzen Lande bei. Einstimmig wurde die folgende Resolution zugunsten sofortiger Friedensverhandlungen angenommen: „Der Krieg, an dem sich unser Land beteiligt, ist von den Volksmassen in dem Glauben unterstützt worden, es handle sich um einen Krieg zur Verteidigung der Freiheit und der Rechte kleiner Nationen. Außerdem haben viele geglaubt, dieser Krieg wäre ein Krieg gegen den Krieg. Wir, die wir nicht mitkämpfen und den unfähigen Weiden des modernen Krieges nicht ausgesetzt sind, fühlen uns verpflichtet, noch einmal im Namen aller Leidenden zu fragen, ob das Ziel, für das bereits so viele gestorben sind, nicht auf dem Wege von Verhandlungen erreicht werden könnte. Wenn das möglich ist, so ist es eine zwingende, unabsehbare Pflicht, in Verhandlungen zu treten; so wäre es ein Verbrechen, den Krieg, der so unbeschreibliches Leid gezeitigt, nicht durch Verhandlungen vermeiden zu haben. Ein doppeltes und dreifaches Verbrechen würde es sein, die Massen zu den nämlichen Leiden noch weiter zu verurteilen, wenn es möglich wäre, durch Verhandlungen das Ziel zu erreichen, wenn Deutschland zu einem ge-

rechten und dauerhaften Frieden bereit sein sollte. Auf die Regierung einzuwirken, damit sie unverzüglich prüft, ob es möglich ist, durch Verhandlungen einen gerechten Frieden zu erzielen, empfinden wir um so mehr als Pflicht, als wir sehen, daß die Freiheiten, für die unsere Männer ins Feld gezogen sind, und für die sie ihr Leben opfern, in unserer eigenen Heimat untergraben werden. Gleichzeitig wird die arme Bevölkerung von den Profitmachern ausgebeutet, die die Not der Nation ausnützen; die Kriegsinvaliden leiden hart unter der Lebensmittelteuerung, der Militarismus unserer herrschenden Klassen wächst, und unsere politischen Rechte werden vernichtet. Aus den angeführten Gründen fordert die Internationale Frauenliga das Volk auf, den Kampf für einen durch Verhandlungen zu erzielenden Frieden zu unterstützen und die Regierung zu drängen, sie möge die erste mögliche Gelegenheit ergreifen, um einen gerechten und dauernden Frieden zu sichern."

Genossenschaftliche Rundschau.

Die größte genossenschaftliche Molkerei der Welt.

Bei Barron, im Staate Wisconsin in Nordamerika, besteht eine genossenschaftliche Molkerei, die in dieser Art die größte der Welt sein dürfte. Die Butterproduktion betrug im vorigen Jahre 1,300,000 Pfund. In der gleichen Zeit wurden annähernd 4,000,000 Pfund Sahne erzeugt. An die liefernden Farmer wurden 343,000 Dollar bezahlt. Wünschenswert wäre, daß auch bei uns im Lebensmittelverein Zürich, wie in den Konsumvereinen Bern, Basel und Winterthur, zur Errichtung einer Molkerei in absehbarer Zeit geschritten würde.

Aus aller Welt.

Gärung unter den deutschen Kriegerfrauen in Basel. Wir lesen im „Basler Vorwärts“: Was wir längst vorausgesehen haben, tritt nun ein. Die Kriegerfrauen lehnen sich gegen die völlig ungenügende Unterstützung durch ihre Heimatstaaten auf. Die immer mehr ansteigende Steuerlast bringt es mit sich, daß die spärlichen Unterstützungen immer weniger ausreichen, daß Not und Entbehrung unerträglich werden. Alle Gesuche der einzelnen Frauen um Erhöhung der Unterstützung werden von den Konsulaten, besonders vom deutschen, schroff abgewiesen. Wenn ihnen die Unterstützung nicht mehr genüge, dann sollen die Frauen nach Deutschland gehen, das ist der Trost, den man ihnen auf dem Konsulate gibt. Das ist der Dank dafür, daß ihre Männer schon dreißig Monate sich auf den Schlachtfeldern Europas schlagen. Eine Erscheinung mehr, die uns das Wesen dieses Krieges und seine Folgen für die Arbeiterklasse erschließt. Eine spontan zustande gekommene Versammlung von etwa 50 Kriegerfrauen, die Donnerstag stattfand, hat beschlossen, unter ihren Leidensgenossinnen eine planmäßige Agitation zu entfalten, um eine Erhöhung der Konsulatsunterstützung durchzusetzen. Man mag in den in Frage kommenden Kreisen sich über die Stimmung der Kriegerfrauen nicht täuschen. Sie ist eine bitterböse. Zahlreicher Mangel und Entbehrungen haben eine entschlossene Auffassung zeitigt. Das Arbeitersekretariat hat es übernommen, die Aktion zu organisieren und wird sie planmäßig durchführen. Nächsten Dienstag, den 16. Januar, fand eine weitere Versammlung statt, die endgültig über die zu unternehmenden Schritte entscheiden wird.

Die Dienstmädchenbewegung in Dänemark macht glänzende Fortschritte. Der Gewerksverein der dänischen Hausassistentinnen, so nennen sich die Dienstmädchen, trifft Maßnahmen, um ein eigenes Gebäude aufzurichten zu können, worin unter anderem auch die Fachschule zeitgemäße Lokale erhalten soll. In Kopenhagen gibt es 22,000 Dienstmädchen und in ganz Dänemark über 180,000. Diese Zahlen zeigen, wie wichtig die Organisierung auch dieser Proletarierinnen für die Arbeiterbewegung ist. Wann aber werden wir so weit sein?

Frauenarbeit in den Druckereien. Die Buchdruckereien Oesterreichs und Deutschlands konnten sich bisher dank ihrer guten Organisation vor der weiblichen Konkurrenz im Setzerberuf schützen. Nach der Vereinbarung der Organisation mit den Unternehmern wurden die Frauen von diesem Beruf ferngehalten. Der Krieg legt auch in diese Burg Bresche. Die Buchdruckerorganisation Deutschlands mußte sich wegen Mangels an männlichen Setzern einverstanden erklären, daß

während des Krieges Frauen am Setzkasten und an der Setzmaschine beschäftigt werden.

In Schottland, wo ebenfalls Frauen an Stelle einberufener Männer in den Druckereien arbeiten, hat die Typographenorganisation durchgesetzt, daß die Frauen dieselben Löhne erhalten, wie die Männer sie hatten. Darin scheint uns der hauptsächlichste Schutz gegen die Gefahren des Einbringens von Frauen als Lohnbrückerinnen zu liegen. Es wäre auch richtiger, daß auch die Schweizer Arbeiter, anstatt die Frauen aus den besser bezahlten Berufen auszuschließen, für ihre Organisation gewirkt hätten.

Streik der weiblichen Schaffner in Hamburg. Die weiblichen Schaffner der elektrischen Straßenbahn in Hamburg sind wegen Lohnfragen in Ausstand getreten.

Der Frauentitel für die Bräute gefallener Krieger wurde im Sommer 1916 im Großherzogtum Baden (Deutschland) eingeführt. Nach dieser Verordnung hat die Braut des gefallenen Soldaten das Recht, sich Frau zu nennen und sogar den Namen ihres Bräutigams zu tragen. Ihre unehelichen Kinder werden als in der Ehe geborene betrachtet. Jetzt wird der Frauentitel für die Bräute gefallener Krieger mit einer Verordnung auch im Königreich Sachsen eingeführt. Die Braut des Gefallenen hat nur den Nachweis zu erbringen, daß die Absicht der Eheschließung ernstlich vorhanden war.

Daß das für die uneheliche Mutter von Kindern eine große Annehmlichkeit ist, unterliegt keinem Zweifel. Auch die unehelichen Kinder werden nicht mehr als Stiefkinder des Staates gelten.

Die bürgerlichen Frauen und die Zivildienstpflicht. Die bürgerlichen deutschen Frauen können sich nicht fassen, daß sie nicht in die Zivildienstpflicht einbezogen sind. Zu ihrer Beruhigung können wir mitteilen, daß das Wolffsche Telegraphenbureau gleichzeitig einen Aufruf in allen Zeitungen verbreitete, in dem es heißt: „Es ist vaterländische Pflicht jeder deutschen Frau, ob verheiratet oder nicht, sich ernstlich die Frage vorzulegen, ob sie nicht auch ihre Kräfte im allgemeinen Interesse nutzbar machen kann. Besonders fehlt es an jüngeren, kräftigen Frauen für die Kriegsindustrie, und gerade hier ist manchmal die bedauerliche Beobachtung zu machen, daß namentlich jüngere kriegsgetraute Frauen, welche bislang für die Rüstungsindustrie arbeiteten, es als „Kriegerfrauen“ nicht mehr nötig zu haben glauben, weiter zu arbeiten! Sie nehmen einfach die Unterstützung von Staat und Gemeinde in Anspruch und bedenken nicht, wie sehr das Vaterland jetzt auch ihrer Arbeitskräfte bedarf... Darum auf ihr deutschen Frauen, die ihr gesunde Hände und Arme habt, auf in die Kriegsindustrie, wo eure Arbeit dem Vaterlande und euch selbst Segen bringt!“

Nun können die bürgerlichen Frauen zufrieden sein: Das Gesetz wird auch auf die Frauen ausgedehnt. z—a.

Frauen in der Fabrikinspektion in Rußland. Am 3. Juli wurde von der russischen Reichsduma ein Gesetz angenommen, welches die weibliche Fabrikinspektion einführt. In jedem der 40 Gouvernements des europäischen Rußlands, in welchem die Fabrikinspektion besteht, soll eine Frau als Fabrikinspektor, mit gleichen Rechten und Pflichten wie die männlichen Beamten, angestellt werden. Ob das Gesetz auch ins Leben tritt, steht noch sehr dahin. Die russische Fabrikinspektion hat zum großen Teil politische Obliegenheiten zu erfüllen. Die Inspektoren haben Hand in Hand mit den maßgebenden zivilen und Militärbehörden zu arbeiten, alles zu dem Zweck, die selbständige Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Derartige „wichtige“ Aufgaben den Frauen zu übertragen, wird die russische Regierung vielleicht „nicht so leicht“ riskieren.

Erweiterung des Frauenstimmrechts in Kanada.

Nachdem zwei Provinzen Kanadas, Manitoba und Alberta, zu Anfang dieses Jahres das politische Stimmrecht für Frauen eingeführt hatten, ist eine dritte Provinz, Saskatchewan, dem Beispiel gefolgt. Von den drei weit ausgedehnten, aber nicht sehr bevölkerten Provinzen ist Manitoba mit der Hauptstadt Winnipeg die wichtigste. — Wohl ist in unserer Demokratie, der Schweiz, ein kleiner Anfang mit dem Frauenstimmrecht gemacht. Wie lange aber die Verallgemeinerung noch auf sich warten läßt? So lange eben, bis wir Arbeiterinnen sie ernstlich wollen.